

B O N N

L O B B Y I S T E N

Bundeskanzler Konrad Adenauer setzte sich auf einer Kabinettsitzung in der vergangenen Woche ungewöhnlich scharf mit dem Einfluß der Lobbyisten auf den Bundestag auseinander. Diese Entwicklung, die besonders bei der Beratung des Verkehrsfinanzgesetzes deutlich geworden sei, bedeute „den Tod der Demokratie“. Wörtlich sagte er dem Kabinett: „Glauben Sie mir, so geht es nicht weiter, daß starke Geldmänner aufstehen und die ordentliche Gesetzgebung mit solchen Mitteln bekämpfen.“ Es sei absurd, daß diese Gelder als Werbungskosten auch noch von der Steuer abgesetzt werden können. Das Bundesverkehrsministerium hatte den Betrag ausgerechnet, den Straßenverkehrs-Interessenten für den Kampf gegen die Verkehrsgesetzgebung des Bundes ausgegeben haben: fünf bis sieben Millionen Mark.

Z I T A T E

„Ich bleibe bei der Sparte Finanz- und Kommunalpolitik. Die Außenpolitik überlasse ich den Alten Herren des Kösener SC.“* (August Dresbach, Bundestagabgeordneter der CDU, als er es ablehnte, an einem projektierten Rundfunkgespräch über die Saar-Klage an Stelle des verhinderten Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, seines Fraktionskollegen Kiesinger, teilzunehmen.)

„Die Heuss-Büste steht in meiner Wohnung, und das Kanzlerbild trage ich in meinem Herzen.“ (Dr. Arthur Sträter, CDU, Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund, auf die Frage, warum in seinem neuen Dienstszitz keine Darstellungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers zu sehen seien.)

V E R T E I D I G U N G S - P L Ä N E

Was sag' ich meinem Sohn?

Während „Des Teufels General“ in der vergangenen Woche gleichzeitig in drei ausverkauften Bonner Kinos den Bürgern der kleinen Residenz am Rhein das Hohelied vom schneidigen Leben und Sterben eines deutschen Offiziers vorgaukelte, erhielt „des Teufels Oberst“ am Frühlingsanfang seinen Abschied aus der Dienststelle Blank: Dem Obersten im Generalstab außer Diensten Bogislav von Bonin, dem Star im Kriegstheater des zweiten Weltkrieges und ehemaligen Leiter der militärischen Planungsabteilung im Amt Blank, wurde vom Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank wegen „illoyalen Verhaltens“ zum 30. September gekündigt.

In der winkligen Pressewachstube der Dienststelle Blank schrillte ab Dienstag letzter Woche das Telephon Sturm. „No comment (kein Kommentar)“ war drei

* „Kösener Senioren - Convents - Verband“ = Dachorganisation der studentischen Korps an deutschen Universitäten.

Tage lang die stereotype Antwort, die Theo Blanks Pressereferent, Major a. D. und Ritterkreuzmann Hans Guhr, allen Anrufern erteilte.

Soviel Schüchternheit entsprach höherem Befehl. Am selben Tage, an dem westdeutsche Gazetten schon sechsspaltig „Krach im Amt Blank“ meldeten, war Theo Blank in München telephonisch um



Entlassener Blank-Oberst von Bonin
Pak oder Atombombe?

seine Zustimmung zu einer kurzen Presseverlautbarung gebeten worden und hatte nur in den Draht gebrüllt: „Wir sagen überhaupt nichts.“

Die Pläne Bonins, die Theo Blank ebenfalls gern totgeschwiegen hätte, stellen die Zweckmäßigkeit der gesamten militärpolitischen Konzeption des Amtes Blank in Frage. Bogislav von Bonin sagt:

▷ Deutsche Soldaten sollen nicht Europa am Rhein mitverteidigen, sondern die Bundesrepublik an der Zonengrenze schützen.

▷ Wenn wir bis zur Halskrause in die Nato kriechen, kommen wir dort nie

wieder raus; wenn wir nicht herauskönnen, räumen die Russen nie die Sowjetzone; wenn die Sowjetzone nicht geräumt wird, gibt es keine Wiedervereinigung.

▷ Es gibt keine brauchbare deutsche Armee, die ohne Mitarbeit der SPD und in weniger als vier Jahren aufgestellt werden könnte.

Der Mann, der das ausspricht, ist kein militärischer Anfänger. Von Haus aus Kavallerist, führte er während des zweiten Weltkrieges dank der von ihm nicht ernst genommenen Nazis ein ihn befriedigendes Kriegerleben großen Stils. Mit 36 Jahren war er Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres. 1944 wurde er von Hitler ins KZ gesteckt, weil er entgegen einem militärisch sinnlosen „Führerbefehl“ Warschau auf eigene Faust räumen ließ.

Im Juni 1952 trat Bogislav von Bonin in das Amt Blank ein. Damals tönte Theodor Blank voll Stolz auf dieses As: „Wir können in Paris (bei den EVG-Verhandlungen) nicht mit Lehrbuben auftreten. Das hat auch Kurt Schumacher eingesehen. So haben wir... den Bonin eingekauft.“

Als Planungsexperte genoß Bogislav von Bonin vom ersten Tage an im Backsteinbau der Bonner Ermekeilkaserne unbegrenzte Hochachtung. Zweifel wurden nur an der Lauterkeit seiner demokratischen Gesinnung geäußert. Interessierte Kreise sorgten für die Verbreitung der Memoiren des Kavalleriegenerals Faber du Faur. Faber schreibt in „Macht und Ohnmacht, Erinnerungen eines alten Offiziers“* über Bonin:

Er verkörperte den Geist von Potsdam in reiner Form. Er stammte aus einer alten preußischen Offiziersfamilie, die seit Generationen dem Vaterland Gut und Blut geopfert hatte. Er erklärte mir und seinen Kameraden in unserem Offizierskasino in Potsdam, indem er seine großen blauen Augen ins Unendliche blicken ließ, so daß nur die langen Wimpern sie noch im Raum festhielten, nur Hitler könne uns retten... Deshalb gehörte er trotz seines Namens zu den „Zuverlässigen“ im Heer.

In der Tat galt Bogislav von Bonin schon nach wenigen Monaten im Amt Blank als Vormann der alten Routiniers und Nurmilitärs, die den Einfluß der demokratischen Militärreformer und 20.-Juli-Verschwörer zurückzudrängen suchten. Ein Geheimbefehl Bonins, der den Chefideologen der Reformer, den Grafen Baudissin, und dessen „Inneres Gefüge“ — im Amtsjargon „Inneres Gewürge“ genannt — aufs Nebengleis des Ausbildungsreferats schob, führte im Herbst 1952 zum ersten Krach.

Als geschickter Gegenspieler des Unterabteilungsleiters „Militärplanung“ von Bonin produzierte sich dabei der Unterabteilungsleiter „Militärpolitik“, Oberst im Generalstab außer Diensten Johann A. Graf Kielmansegg. Dies, obgleich die beiden Obersten alte Freunde sind. Jahrgangskameraden, die auf der Kriegsschule die gleiche Bank drückten. Kielmansegg:

* Moriz Faber du Faur: „Macht und Ohnmacht — Erinnerungen eines alten Offiziers“; Hans E. Günther - Verlag, Stuttgart, 1953; 296 Seiten; 12,80 Mark.

Der sich wie ein tiefer Spalt durch die Bevölkerung Westdeutschlands ziehende und sich täglich verbreiternde Gegensatz in der Frage Wiedervereinigung — Wiederbewaffnung erfüllt uns mit großer Sorge. Es müßte für Volk und zukünftige Armee geradezu verhängnisvoll werden, wenn die Aufstellung deutscher Truppen die die Demokratie gefährdende Spannung im Innern der Bundesrepublik erhöhen, darüber hinaus den Gegensatz Ost — West verstärken und damit die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren würde . . .

Die Aufstellung starker westdeutscher Streitkräfte gemäß derzeitiger Planung dürfte unter den heute gegebenen Umständen mehr als schwierig werden. Selbst wenn sie in der äußeren Form durchgesetzt werden könnte, ist nicht anzunehmen, daß diese wahrscheinlich mit vielen widerstrebenden Elementen durchsetzten Truppen einer ernsthaften Belastungsprobe innen- oder außenpolitischer Art standhalten könnten.

Das Beispiel des Zusammenbruchs der französischen Armee im Jahre 1940 ist eine deutliche Warnung; die angestrebte Verstärkung der westlichen Verteidigungskraft durch deutsche Divisionen stünde vorerst also mehr oder weniger nur auf dem Papier. Das Vertrauen des Westens zur Bundesrepublik würde ernsthaft aufs Spiel gesetzt, wenn bei gleichbleibender oder sich vertiefender innenpolitischer Entzweiung eine westdeutsche Armee die in sie gesetzten hochgespannten Erwartungen enttäuschen müßte.

Unter den jetzigen innerdeutschen Verhältnissen fehlen einfach wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Aufbaus einer qualitativ hochstehenden bewaffneten Macht auf Wehrpflichtbasis.

Das Problem der Sicherheit ist mit den heute vorliegenden Planungen nicht zu lösen. Auch die Frage einer baldigen Wiedervereinigung erscheint fast hoffnungslos, wenn die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in der beabsichtigten Zeit, Form und Stärke durchgeführt werden sollte. Ein kurzfristig und improvisiert aufgestelltes Wehrpflichtheer muß vom Standpunkt des mutmaßlichen Gegners als kriegsvorbereitende Maßnahme in Rechnung gestellt werden. Es kann als beinahe ausgeschlossen gelten, daß die Sowjetunion unter diesen Umständen jemals die Bastion Mitteldeutschland aufgeben würde.

Es kam somit darauf an, auf dem militärischen Sektor eine Lösung zu finden, die gleichzeitig sowohl die notwendige Sicherheit für die Bundesrepublik als auch die Möglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung bietet . . .

Umkehrung des Vorzeichens

Der Plan für unsere Wiederbewaffnung sieht einen Kern von 12 Divisionen (6 Panzer- und 6 mot. Infanteriedivisionen) vor. Neben diesem Kern sollen beim Heer einige wenige selbständige Brigaden sowie eine große Zahl von kleineren Verstärkungseinheiten (z. B. Artillerie-, Flak-, Panzerabwehr-, Pionierbataillone usw.) aufgestellt werden.

Dieses Heer ist nach seiner äußeren Beschaffenheit eine Offensivtruppe, selbstverständlich ist damit nicht etwa der absurde Gedanke eines Angriffs über die Grenze nach Osten gemeint. Vielmehr bedeutet der der heutigen Planung zugrunde liegende Begriff „Offensivtruppe“, daß einer Aggression nur in beweglicher

Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung — kein Gegensatz

Die Denkschrift des Obersten von Bonin

Kampfführung, insbesondere durch Gegenangriffe, begegnet werden soll.

Eine wirksame nachhaltige Verteidigung unmittelbar an der Grenze ist mit solchen Verbänden lediglich in einzelnen Schwerpunktabschnitten, also nur in ganz beschränktem Umfang, möglich. Im Ernstfall dringt der Angreifer auf breiter Front tief ins Land hinein, ehe er durch Gegenaktionen am weiteren Vorstoß gehindert bzw. wieder hinausgeworfen werden kann, ganz Westdeutschland zwischen Rhein und Zonengrenze gilt von vornherein als Kriegsschauplatz. Die Folgen im Zeitalter der Atomwaffe brauchen nicht näher dargestellt zu werden.

Es kann nicht der Sinn einer Wiederbewaffnung sein, Westdeutschland weiterhin nur als Vorfeld einer beweglich zu führenden Verteidigung Westeuropas anzusehen. Der Sinn kann sich auch nicht darin erschöpfen, lediglich das Risiko für den Angreifer erhöhen und den Entschluß des Ostens zu einer Aggression erschweren zu wollen. Die Wiederaufrüstung darf auch nicht unter dem Vorzeichen einer Resignation gegenüber der zahlenmäßig hohen Überlegenheit der Roten Armee stehen.

Wir sehen den Sinn jener Wiederbewaffnung darin, die Heimat im Ernstfalle unmittelbar an der Grenze zu verteidigen und soweit irgend möglich vor den Schrecken des Erdkrieges zu bewahren. Zeigt Deutschland den Willen hierzu und fordert von Nato, so wie es vor kurzem von der Rednertribüne des Bundestages herab erstmalig in aller Deutlichkeit ausgesprochen wurde, daß Westeuropa, sobald namhafte deutsche Kräfte einsatzbereit sind, unmittelbar an der Zonengrenze entscheidend verteidigt wird, dann erst erhält die Wiederbewaffnung den richtigen Sinn. Nur dann kann den deutschen Truppen die für jeden Soldaten selbstverständliche Aufgabe, Haus und Hof vor dem Feinde zu schützen, gestellt werden.

Der den westdeutschen Streitkräften nach unserer Meinung naturgemäß zufallende Auftrag im Rahmen einer derartigen grenznahen Verteidigung der Bundesrepublik die vordere Linie am Eisernen Vorhang zu bilden, kann mit 12 Divisionen herkömmlicher Art, wie sie geplant sind, nicht gelöst werden. Um an einer Grenze von wenigstens 800 Kilometern Länge unter den gegebenen Kräfteverhältnissen die notwendige durchlaufende Hauptkampfbzone bilden zu können, müssen andere Wege beschritten und andere Formen der Organisation eines zukünftigen westdeutschen Heeres gefunden werden.

Wir sehen die wahrscheinlich günstigste Lösung dieses Problems darin, unter Festhalten der geplanten Aufstellung von einigen wenigen Panzerdivisionen aus der überwiegenden Masse des Heeres eine Reihe von Sperrverbänden modernster Prägung zu bilden.

Ausgestattet vor allem mit einer Unzahl von Panzerabwehrgeschützen und Maschinengewehren, mit starken Pionierkräften und mit einem verstärkten Panzerbataillon als Gegenstoßreserve versehen, vollmotorisiert und äußerst beweglich im Gelände, auf breiter Front und dennoch in großer Tiefe eingesetzt, gegebenenfalls von alliierter Atomartillerie unterstützt, stellt ein solcher Sperrverband ein Mittel dar, wie es, zur Deckung einer etwa 50

Kilometer tiefen Verteidigungszone an der Grenze, der Roten Armee mit ihren Panzermassen gegenüber unter den obwaltenden Verhältnissen kaum wirksamer zu denken ist. Mit Hilfe solcher Verbände würde es möglich sein, die notwendige Synthese zwischen der Länge der zu deckenden Grenze und der vorgesehenen Zahl an deutschen Soldaten annähernd zu finden.

Mit anderen Worten: Nach unserer Auffassung ist es notwendig, zukünftige westdeutsche Streitkräfte nicht fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer großräumigen westeuropäischen strategischen Defensive, sondern ausdrücklich unter dem der taktischen grenznahen Verteidigung zu sehen. Wir schlagen also eine Umkehrung des Vorzeichens von einer Offensivtruppe zum auch äußerlich klar erkennbaren Defensivinstrument vor.

Zeitbedarf

Eine Truppe, die in der Lage sein soll, sich im Ernstfalle gegen die Rote Armee zu behaupten, muß von höchster Qualität sein. Voraussetzung hierfür ist ein erstklassiges Führer- und Unterführerkorps. 10 Jahre nach dem Zusammenbruch steht die Bundesrepublik in dieser Hinsicht vor dem absoluten Nichts. Die innerpolitischen Schwierigkeiten und Widerstände verschärfen die Situation. Nach unserer Auffassung werden etwa vier Jahre benötigt, um erst einmal das notwendige Fundament für die geplante Armee zu schaffen.

Dieses Fundament kann nur aus Freiwilligen bestehen und ist auf dem Sektor Heer in Stärke von etwa 120 000 Mann zu denken. Erst wenn diese Basis in solider, planmäßiger Arbeit aufgebaut ist, könnte an die Bildung eines Wehrpflichtheeres in der vorgesehenen Gesamtstärke herangegangen werden. Jede andere Planung trägt den Keim der Minderwertigkeit in sich und kann gegenüber dem deutschen Volke und seiner gesamtdeutschen Zukunft nicht verantwortet werden.

Man braucht sich doch nur zu überlegen, wie lange es dauern wird, ehe unter heutigen Verhältnissen die benötigte große Zahl von brauchbaren Leutnants, Oberleutnants, Hauptleuten und Unteroffizieren, bei denen 10 Jahre nach 1945 kaum noch aufgediente Soldaten zurückgegriffen werden kann, so ausgebildet ist, daß ihnen die jungen deutschen Männer mit gutem Gewissen zur Ausbildung und Erziehung anvertraut werden können.

Unter ungleich besseren Voraussetzungen benötigte die Reichswehr die Zeit von 1919 bis Ende 1923, um eine wirkliche Truppe darzustellen. Fünf Jahre dauerte es, bis die frühere Wehrmacht unter weit günstigeren Vorbedingungen den Stand des Sommers 1939 erreicht hatte. Die heutige Zeitplanung mit einem Gesamtbedarf von nur 3 bis 3½ Jahren zur Fertigstellung eines Heeres von 350 000 Mann aus dem Nichts heraus ist nach unserer Auffassung unrealistisch. Vier Jahre für den Aufbau der Basis, weitere drei bis vier Jahre für die Erreichung des vorgesehenen Zieles — das etwa dürfte dem wahren Zeitbedarf entsprechen. Für Marine und Luftwaffe müssen ähnliche Zeiten veranschlagt werden.

Diese nüchterne Zeitberechnung braucht nun keineswegs zu bedeuten, daß West-

deutschland während der kommenden Jahre nicht in der Lage ist, einen Beitrag zur Verstärkung seiner eigenen Sicherheit und der Westeuropas zu leisten. Die Bundesrepublik sollte vielmehr aus diesen Freiwilligen ein kleines Heer als Vorläufer einer späteren größeren Armee aufstellen, vor allem also Sperrverbände bilden. Diese Freiwilligen-Truppen werden zwar, wie ausgeführt, erst nach etwa vier Jahren in der Lage sein, eine qualitativ und quantitativ ausreichende Basis für ein Wehrpflichtheer darzustellen, sie werden aber schon früher einen gewissen Kampfwert haben können. Voraussetzung ist jedoch, daß man sie nicht als Panzer- oder Infanteriedivisionen, sondern überwiegend als Sperrverbände gliedert und ausbildet.

Ohne daß irgendein Zeitverlust in der Bildung eines tragfähigen Fundaments als Voraussetzung für eine etwaige spätere starke Vergrößerung auf Wehrpflichtbasis eintritt, wird nach unserer Auffassung so der kürzeste Weg beschritten, um das in der Wiederbewaffnung liegende Risiko für die Bundesrepublik zu mindern und ganz allgemein eine Verstärkung der Abwehrkraft des Westens zu erreichen.

Zusammenfassung

Faßt man die bisherigen Ausführungen zusammen, so besagen sie:

1. Nur der Verteidigungskrieg als Mittel zur Selbstbehauptung hat eine moralische Berechtigung. Die Bundesrepublik stellt daher ihre zukünftigen Truppen grundsätzlich und eindeutig auch nach außen erkennbar unter das Vorzeichen der Defensive.

2. Die Bundesrepublik beschränkt sich in den ersten Jahren auf Freiwilligen-Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann.

Wir betonen, daß nach unserer Auffassung mit der Durchführung des sich aus 1. und 2. zusammensetzenden Vorschlages keinerlei Opfer seitens der Bundesrepublik verbunden ist. Er bezieht sich nur auf die militärischen Erfordernisse und Realitäten.

Auf der anderen Seite bietet der Vorschlag Vorteile, die hier kurz angedeutet werden sollen:

Weder die Sowjet-Union noch Frankreich können diese Art der westdeutschen Wiederbewaffnung als Bedrohung empfinden. Die Gefahr einer Blockierung der Wiedervereinigung durch die Aufrüstung der Bundesrepublik wird vermieden, die Ratifizierung durch Frankreich wahrscheinlich erleichtert.

Es wird der kürzeste Weg zur Herstellung einer gewissen Sicherheit, insbesondere zur Schaffung der Parität zur Volkspolizei, beschritten. Damit wird so schnell wie möglich eine wesentliche Voraussetzung für einen die Wiedervereinigung einleitenden Abzug der Besatzungstruppen geschaffen . . .

Selbstverständlich bedingt der Vorschlag die Ratifizierung der Verträge. Die befürchtete und höchstwahrscheinlich zu erwartende wachsende Entzweiung im Innern kann vielleicht dadurch gemildert werden, daß die Ausführung der Aufrüstung auf die innen- und außenpolitische Situation größere Rücksicht nimmt. Diese Rücksichtnahme ist militärisch nicht nur zu verantworten, sondern geradezu notwendig, weil sie den militärischen Erfordernissen entgegenkommt.

Bei richtiger Auswertung der militärischen Möglichkeiten läßt sich der vermeintliche Gegensatz zwischen Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung überbrücken.

„Nur sachlich haben wir manchmal Differenzen.“

Der erste Zusammenprall von Fachleuten und Reformern endete unentschieden. Theo Blank wollte nicht ohne die Leute vom 20. Juli à la Kielmansegg und konnte nicht ohne die Techniker à la Bonin auskommen. Darum ließ er beide Parteien in dem Glauben, er sei auf ihrer Seite. Nur ein kleiner trauntänzerischer Reformler und Unteroffizier der Reserve, Dr. Konrad Kraske, sprang damals über die Klinge. Er ist heute stellvertretender Geschäftsführer in der Christlich-Demokratischen Union.

Es ist eine ironische Arabeske, daß es gerade eine entscheidende Maxime der 20.-Juli-Verschwörer war, die Bogislav von



Sicherheitskommissar Blank
„Wir sagen nichts“

Bonin damals, in den folgenden Jahren und auch nun wieder zu seinen Husarenritten trieb:

▷ „Ich will mir nicht noch einmal sagen lassen, daß ich die Schnauze nicht aufgemacht hätte, wenn die Dinge eine unheilvolle Entwicklung nehmen.“

Daß der Oberst von Bonin „die Schnauze aufmachte“, kostete ihn jetzt seine Dienststellung. Immer wieder hatte er gegenüber deutschen und alliierten Offizierskollegen eine Alternative zur EVG gefordert, „weil die Sache so nicht über die Bühne gehen kann“. Immer wieder hatte er behauptet, daß die im EVG-Vertrag für die deutschen Kontingente vorgesehene Aufstellungszeit unrealistisch und nicht einzuhalten sei. Von den Engländern auf einer Konferenz in Bad Oeynhausen gestellt, bekannte er sich Ende 1953 offiziell zu dieser These und wurde von Theodor Blank gemäßregelt.

Der Oberst im Generalstab außer Diensten Fett, das „Organisationsgenie“ des Amtes, übernahm Bonins Abteilung. Bonin selbst wurde kaltgestellt. Der Versuch, ihn mit Hilfe des französischen EVG-Generals Larminat auf eine französische

Kriegsakademie zu schicken, scheiterte zwar an einer Indiskretion, aber die angelsächsischen Offizierskollegen sprangen hilfreich in die Bresche. Nach einer achtwöchigen Studienreise durch die USA und einem dreiwöchigen Aufenthalt in England kehrte Bogislav von Bonin im Mai 1954 heim in den Bund. Bei dieser Gelegenheit empfing Theo Blank ihn zum letzten Male.

Wenn es nach Theo Blank gegangen wäre, hätte sich Bonin fortan ausschließlich der Vorbereitung von Sandkastenspielen gewidmet. Aber der Gedanke an Deutschlands Schicksal im dritten Weltkrieg ließ dem Generalstäbler keine Ruhe. Im Juli 1954 reichte er seinen Vorgesetzten, General Heusinger und Theodor Blank, eine Studie ein, in der er einen vollkommen neuen operativen und organisatorischen Plan des Amtes forderte, um die Wiedervereinigung nicht zu blockieren und das Staatsgebiet der Bundesrepublik zu schützen.

Über ein Vierteljahr hörte Bonin überhaupt nichts vom weiteren Schicksal dieser Studie. Dann erhielt er Ende Oktober seine Arbeit mit einem von Theodor Blank unterschriebenen Zettel zurück, auf dem ihm mitgeteilt wurde, der Sicherheitsbeauftragte lehne Bonins Studie nach Prüfung durch seine militärischen Experten ab.

Die sofort vorgebrachte Bitte um mündlichen Vortrag in der Angelegenheit ist dem Bogislav von Bonin bis heute nicht erfüllt worden. Offenbar mißt der Gewerkschafter und Oberleutnant der Reserve a. D. Theodor Blank dem, was der ehemalige Chef der Operationsabteilung zur deutschen Landesverteidigung vorzuschlagen hat, keine besondere Bedeutung bei.

Sieben Generale für Bonin

Von jener Stunde an, da Bogislav von Bonin den abschlägigen Bescheid Theodor Blanks in Händen hielt, datiert die „Illoyalität“ des Obersten, die in der vergangenen Woche zu seiner Entlassung führte. Er unterbreitete seine Pläne außerhalb des Amtes Blank einer Reihe ihm bekannter Generale und Generalstäbler, sprach sie mit ihnen durch und nahm neue Anregungen in sein Konzept auf. Die jüngste Fassung seiner Studie trägt den Titel: „Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung — kein Gegensatz“ (s. Seite 8).

Die natürliche Scheu pensionierter deutscher Generale, ihre Zivilcourage zu übertreiben und vorschnell Farbe zu bekennen, führte dazu, daß heute Unklarheiten darüber bestehen, ob die Mehrheit der angesprochenen Offiziere für oder gegen Bonins Plan ist. Kielmansegg: „Man kann sagen, bei der Mehrzahl hat er kein Glück gehabt.“ Bonin: „Die klare Mehrheit ist dafür.“

Manche Generale stimmten gewissen Abschnitten der Boninschen Pläne rückhaltlos zu. So bestätigte der voraussichtliche Vorsitzende des militärischen Personalaussschusses, General Kuntzen, Bonins These, daß entgegen aller offiziellen CDU- und Regierungspropaganda eine Aufstellungszeit von vier Jahren ein absolutes Minimum ist. Andere Offiziere zogen es vor, sich mit einem salomonischen „Sowohl als auch“-Urteil zu begnügen, so auch der voraussichtliche militärische Oberbefehlshaber Crüwell.

Feldmarschall Fritz-Erich von Lewinski, genannt von Manstein, den Bonin zweimal aufsuchte, stimmte im Prinzip zu und forderte, ein kompetentes Gremium militä-

* Wie viele Generalstäbler im Amt Blank dem Bonin-Plan sachlich zustimmen, ist heute angesichts des Exempels, das Theo Blank mit Bonins Kündigung statuiert hat, nicht zu ermitteln. Tatsache ist, daß sogar der Oberst Graf Kielmansegg die Pläne keineswegs für völlig abwegig hält, sondern sie auf dem Krankenlager im Johanniter-Krankenhaus, auf das ihn ein Leberleiden zwang, stundenlang mit Bonin debattierte.

rischer Experten zu berufen, das die gesamte Planung durchsprechen und dessen Arbeitsergebnisse vom Amt Blank akzeptiert werden sollten. Manstein gilt international als fähigster deutscher Stratege des zweiten Weltkrieges.

Mindestens sieben prominente Generale mit klingenden Namen aber stehen hundertprozentig hinter Bonin:

- ▷ Georg Hans Reinhardt (Generaloberst a. D., zuletzt Oberbefehlshaber Heeresgruppe Nord);
- ▷ Friedrich Hoßbach (Generaloberst a. D., zuletzt Oberbefehlshaber 4. Armee);
- ▷ Walther Wenck (General der Panzertruppen a. D., zuletzt Oberbefehlshaber 12. Armee);
- ▷ Theodor Busse (General der Infanterie a. D., zuletzt Oberbefehlshaber 9. Armee);
- ▷ Smilo Freiherr von Lüttwitz (General der Panzertruppen a. D., zuletzt Führer 9. Armee);
- ▷ Heinrich Eberbach (General der Panzertruppen a. D., zuletzt Oberbefehlshaber 7. Armee);
- ▷ Wend von Wietersheim (Generalleutnant a. D., zuletzt Kommandeur 11. Panzerdivision).

Über den Panzergeneral Smilo von Lüttwitz geriet durch Zufall ein Exemplar der Boninschen Studie in die Finger des Lüttwitz-Neffen und Pressereferenten im gesamtdeutschen Ministerium, Ludwig von Hammerstein. Von dem wanderte es zu Jakob Kaisers politischem Berater, Wilhelm Wolfgang Schütz (Verfasser von „Die Stunde Deutschlands“) und zum Minister selbst. Die Gesamtdeutschen waren sofort Feuer und Flamme. Ihre Begeisterung trug dem „illoyalen“ Obersten von Bonin ein Angebot des gesamtdeutschen Ministeriums ein, ihm Sprit oder einen Wagen für seine Werbetournee durch die pensionierte Generalität zur Verfügung zu stellen; Bonin lehnte wohlweislich ab.

Zwei Grundübel der Nato

Als sich das Kaiser-Ministerium so lebhaft einschaltete, wurde freilich auch im übrigen politischen Bonn ruchbar, welche Aktivität der Oberst von Bonin entwickelt hatte. Der Sicherheitsausschuß des Bundestages wurde unterrichtet, und Theodor Blank zog in seinem Amt die Behandlung der Affäre an sich.

Wie stets, dauerte es einige Wochen, bis der immer unsicherer werdende Sicherheitsbeauftragte sich zu einer Entscheidung durchringen konnte. Schließlich bekam Bonin den Zylinder.

Bogislav von Bonin — der sich heute strikt weigert, irgendwelche Auskünfte über seinen Fall zu geben — hat auf militärischem Gebiet als erster das ausgesprochen, was auf dem politischen Sektor in Bonn — außer im Palais Schaumburg — langsam Allgemeingut zu werden beginnt: daß die Situation eines geteilten Deutschland eine besondere militärische Konzeption erfordere, die mit den Konzeptionen Amerikas oder Frankreichs zwangsläufig nicht völlig übereinstimmen kann.

Aufgabe deutscher Streitkräfte ist es nach Bonins Meinung, einerseits nicht den Weg zur Wiedervereinigung zu versperren, andererseits das Staatsgebiet der Bundesrepublik zu schützen. Beide Voraussetzungen werden seiner Ansicht nach von der bisherigen offiziellen Planung nicht erfüllt:

- ▷ Wenn deutsche Streitkräfte und Generalstäbe erst einmal in die Nato aufgenommen sind, kann der Westen sie schon aus militärischen Gründen nicht

mehr entlassen. Damit ist die Wiedervereinigung praktisch unmöglich, weil die Sowjets unter solchen Bedingungen ihre Zone nicht räumen können.

- ▷ Die bisherige Nato-Planung hat die Bundesrepublik ausdrücklich zum Schlachtfeld erkoren.

Um diesen beiden Grundübeln abzuhelfen, will Bonin eine klare Trennung von Nato-Verbänden und deutschen Streitkräften und eine starre Verteidigung unmittelbar an der Zonengrenze. Das ist der Kern des sogenannten Bonin-Plans.

Entschieden wehrt sich Bonin gegen den Vorwurf, eine tausend Kilometer lange Maginot-Linie am Eisernen Vorhang errichten zu wollen. Ihm schwebt statt dessen ein etwa 50 Kilometer breiter Sperrgürtel vor, in dem die Sowjets in beweglicher Kampfführung — wie es in



Nato-Stratege Schuyler
„Der dritte Weltkrieg dauert einen Tag“

der drastischen Sprache des Obristen heißt — „eins vor den Latz geballert kriegen“.

Um das zu können, plant Bogislav von Bonin, die westdeutschen Streitkräfte als reine Defensivarmee zu gliedern. Die Aufstellungspläne für die westdeutschen Kontingente sind nach seiner Ansicht bisher insofern vom Schwanz aufgezaumt worden, als man die Organisation dieser Streitkräfte schon bis auf Kompanie-Ebene hinunter geplant hat, ohne daß bisher deutsche Militärexperten offiziell an irgendeiner operativen Nato-Planung beteiligt sind. Die Organisation aber, sagt Bonin, hat sich den operativen Bedingungen anzupassen und nicht umgekehrt.

Die bisherige Planung sieht vor, daß sechs deutsche Panzerdivisionen und sechs Infanteriedivisionen geschaffen werden; die restlichen 200 000 Mann sollen selbständige Heeresverbände verschiedener Art

bilden — von der Flak über die Artillerie bis zu den Pionieren.

Von dieser Gliederung möchte Oberst von Bonin nur die sechs Panzerdivisionen beibehalten, um sie als „Feuerwehren“ an den Brennpunkten seines Sperrgürtels einzusetzen. Aus allem anderen aber, den sechs Infanteriedivisionen und den 200 000 Mann Heeresgruppen, sollen, wenn es nach Bonin geht, „Sperrdivisionen neuen Typs“ gemacht werden. Diese Verbände müßten mit panzerbrechenden Waffen gespickt sein, mit Flakartillerie, Sturmgeschützen und zwei Mann starken motorisierten Panzervernichtungs-Trupps. Das wäre die vor-derste Linie.

Die Nato-Verbände, deren amerikanische und englische Divisionen in der ersten Aufstellungsphase die Süd- und Nordflanke der Bundesrepublik decken könnten, will Bonin später weit hinter der Front inner- oder außerhalb Deutschlands als operative Reserve postieren, zumal man von ihnen ohnehin nicht annehmen könne, daß sie sich — allein — an der Zonengrenze manhaft schlagen würden.

Operation „Zitadelle“

Gegen diesen Bonin-Plan haben andere Generalstäbe im Amt Blank, an ihrer Spitze Bonins Vorgänger als Operationschef des früheren deutschen Heeres, General Heusinger, drei gewichtige Bedenken anzumelden:

- ▷ Bonins Sperrgürtel kann zwar anrollenden Panzerdivisionen widerstehen, aber von Infanterieverbänden aufgeknackt werden;
- ▷ zur Verteidigung einer Front entlang der Zonengrenze von der Ostsee bis zu den Alpen werden nach klassischen Militärbegriffen etwa 70 Abwehrdivisionen benötigt;
- ▷ die Ausrüstung der Sperrdivisionen ist ungleich teurer als die der bisher vorgesehenen Streitkräfte.

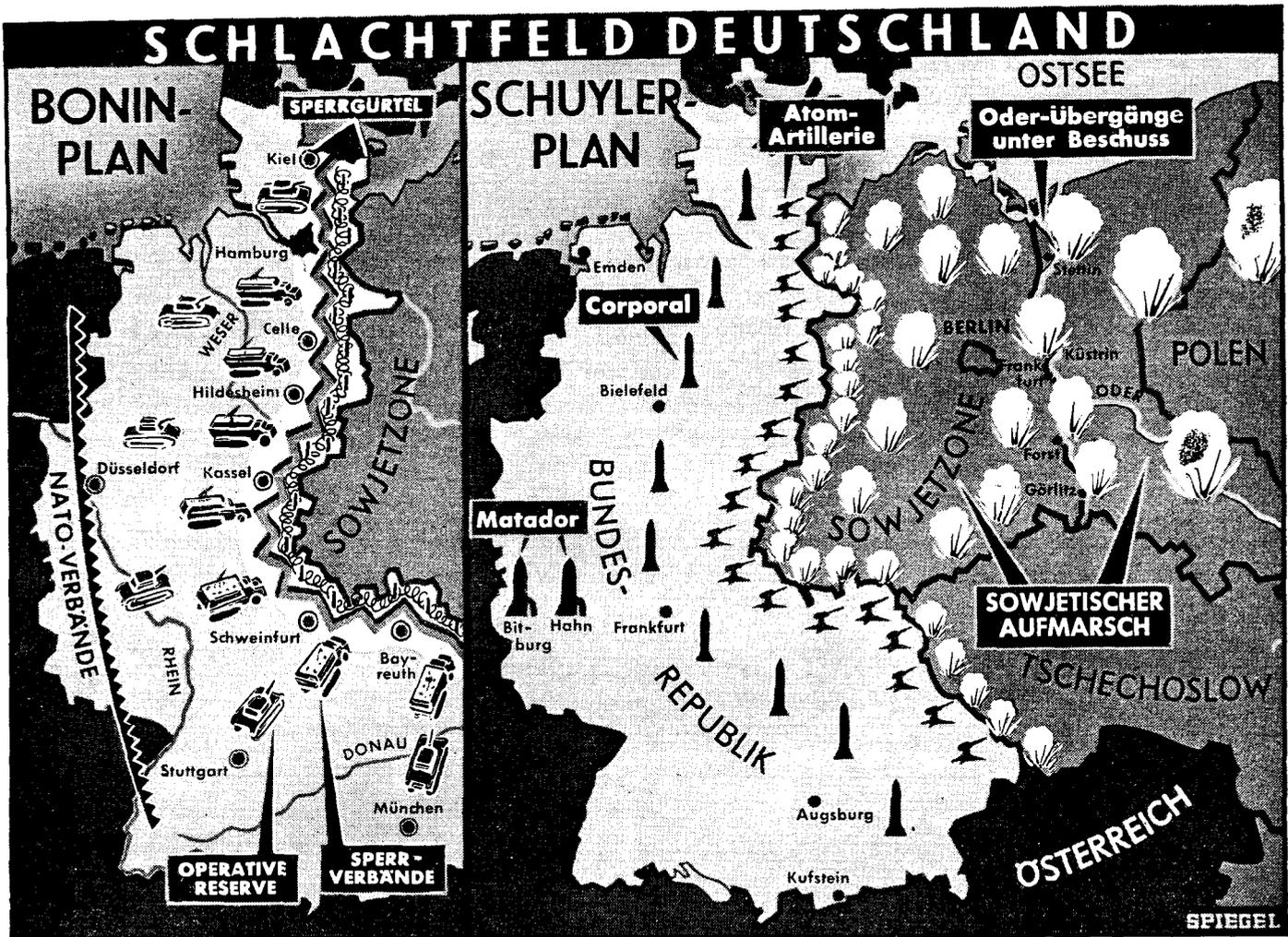
Oberst von Bonin läßt alle drei Einwände gelten. Aber er hat sie in seinem Projekt bereits berücksichtigt. Dabei diente ihm die Operation „Zitadelle“ aus dem Rußlandfeldzug in gewisser Weise als Modell. Damals hatte die Sowjet-Armee erstmals einen ähnlichen Sperrriegel errichtet, vor dem am Abend des ersten Angriffstages die Elite der deutschen Panzerverbände zerschossen dalag.

Das sei schon richtig, argumentiert General Heusinger, aber wenn wir damals Infanterie gehabt hätten, wäre der Durchbruch gelungen.

Es sei möglich, sagt Bonin, daß mit Infanterie auch der Durchbruch durch seinen Sperrgürtel gelingen könnte. Indes, mit dem Einsatz sowjetischer Infanterie ohne Panzerverbände wäre schon viel gewonnen. Ein massierter Infanterieangriff koste nämlich kostbare Aufmarschzeit, in der die operativen Nato-Reserven an die Brennpunkte geworfen und womöglich sogar Reservedivisionen in den Beneluxländern aufgestellt werden können, die bei einem bisher einkalkulierten Panzerdurchbruch der Sowjets wahrscheinlich noch in Zivilkluft von ihren Kasernenhöfen fort hinter den Ural verfrachtet werden würden.

Darüber hinaus denkt Bonin daran, nach Aufstellung der regulären westdeutschen Verbände so etwas wie ein Milizsystem (bodenständige Verteidigungsorganisation) in der östlichen Hälfte der Bundesrepublik einzuführen. Diese Miliz könnte dann als „infanteristisches Füllsel“ dazu beitragen, einen Durchbruch massierter Sowjet-Infanterie zu verhindern.

Mit dem Plan, die Panzer- und Sperrdivisionen durch Miliz zu verstärken, wird gleichzeitig der zweite Einwand gegen den



Bonin-Plan berührt: die Schwäche der Kräfte im Verhältnis zur Länge der Zonen-grenze. Bonin glaubt, daß es möglich ist, auf weite Sicht diesen Mangel zu beheben: erstens, weil die Abwehrkraft einer Sperr-division erheblich größer ist als die einer konventionellen Division, zweitens, weil die bewegliche Verteidigung in dem 50 Kilometer breiten Sperrgürtel dem Ver-teidiger gestattet, an Schwerpunkten mehr und an ungefährdeten Abschnitten weniger Truppen einzusetzen, und drittens, weil Milizverbände das Potential beträchtlich verstärken würden.

In der ersten Periode der Aufstellung westdeutscher Streitkräfte will Bonin „nur Korsettstangen einziehen“, die Verteidigung auf einzelne Abschnitte beschränken. So könnte das von ihm geplante 150 000 Mann starke Freiwilligen-Heer etwa den weit in die Bundesrepublik vorspringenden Thüringer Bogen zernieren. Bonin: „Damit wäre den Brüdern drüben schon erheblich das Konzept versalzen.“

Die Furcht vor steigenden Aufrüstungs-kosten schließlich führt Bonin auf den Per- fektionismus im Amt Blank zurück. Sein Intimus, der militärische Mitarbeiter der gutbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Adelbert Weinstein, hält für die Verwirklichung des Boninschen Konzeptes zunächst einmal 15 000 Pakgeschütze für erforderlich. Der Oberst selber glaubt, mit 8000 auskommen zu können. In der billig- sten Ausführung kostet ein US-ameri- kanisches, auf Jeep oder Kettenfahrzeug montiertes rückstoßfreies 10,5-Zentimeter- Geschütz etwa 8000 Dollar. In der Bonin- schen Größenordnung wäre das eine zu- sätzliche Ausgabe von 64 Millionen Dollar. Bogislav von Bonin: „Das ist für die Amis

sowiel, als ob wir einen Groschen aus der Tasche zögen.“

Interessant wird der Sperrgürtel des Obersten von Bonin nun aber erst, wenn man ihn im Rahmen eines atomaren Feuer- plans sieht, den die Amerikaner nach sei- nem Erfinder, dem Nato-Stabschef US- General Schuyler, den Schuyler-Plan nennen.

Stichwort „Flut und Ebbe“

Just zur selben Zeit nämlich, da Bonin sich den Kopf darüber zerbrach, wie wenig- stens der größere Teil Westdeutschlands davor bewahrt werden könne, von den Sow- jets überrollt zu werden, kam dem Ge- neral Schuyler — unabhängig von Bonins Überlegungen — der Gedanke, daß man den Westdeutschen eigentlich kaum zu- muten dürfe, wieder Soldat zu spielen, wenn ihnen keine andere Rolle als die des Feldwachen-Kanonenfutters bliebe.

Bis heute sind die Abwehrvorbereitungen des europäischen Nato - Hauptquartiers (Shape) noch darauf abgestellt, im Falle eines sowjetischen Angriffs eher Raum aufzugeben, als Truppen zu verlie- ren. Das Konzept des hinhaltenden Wider- standes sieht vor, dem Offensivstoß der Sowjets zunächst elastisch auszuweichen, um ihn in Igel-Reduits beiderseits des Rheins und in Brückenköpfen am Atlantik schließlich aufzufangen. Westdeutsche Sol- daten fänden dabei schwerlich Gelegen- heit, ihre Heimat zu verteidigen.

Aber abgesehen davon, bietet diese groß- zügige West-Bewegung den Sowjets nach Schuylers Meinung eine doppelte Chance. Der General fürchtet jedenfalls, die Sow- jet-Armee werde die weichenden Nato- Verbände bei der Verfolgung überholen

und im ersten Anlauf aus Westeuropa hinausfegen oder aber nach einem opera- tiven Schema verfahren, für das Shape das beziehungsreiche Stichwort „Flut und Ebbe“ geprägt hat.

In diesem Falle würden die Sowjets — nach Schuyler — nicht daran denken, die Reduits zu knacken und sich dabei abzu- nutzen. Sie würden sich vielmehr darauf beschränken, „das Glacis zu reinigen“, und danach alsbald wieder verschwinden. Re- sultat: Verbrannte Erde zwischen Rhein und Elbe.

Diese trüben Perspektiven haben den General Schuyler bewogen, einen Plan zu konzipieren, der — ähnlich dem Bonin- Plan — die beweglich geführte Abwehr durch starre Verteidigung ersetzt, und zwar an der Linie Lübeck—Passau, unmittelbar entlang der Zonengrenze.

Der Grundgedanke des Plans ist ebenso einfach, wie seine Konsequenzen für das deutsche Gebiet ostwärts der Zonengrenze fatal sind.

Der General Schuyler hat errechnet, daß er in der Lage ist, mit dem zusammen- gefaßten Feuer aller taktischen Atom- Waffen der Nato jeden sowjetischen Auf- marsch zwischen Lübeck und Passau in einer Tiefe von einigen hundert Kilo- metern zu zerschlagen, so daß ein Angriff der Sowjets schon in der Bereitstellung er- sticken müßte.

Etwas unfein formulierte Schuyler sei- nen Feuerplan wörtlich so:

▷ „Unser Operationsziel wird Mord sein, und die Atomexplosion ist unser Haupt- mordinstrument.“

Für diesen Zweck hält der Nato-Stabs- chef — vorläufig im Westen und Südwesten

der Bundesrepublik — an taktischen Atom-Waffen parat:

- ▷ Atom-Kanonen (fünf Bataillone mit je sechs Geschützen, Kaliber: 28 Zentimeter, Reichweite: 35 Kilometer);
- ▷ „Honest Johns“ (nicht ferngelenkte Raketen, Durchmesser: 72,2 Zentimeter, Reichweite: 32 Kilometer);
- ▷ „Corporals“ (fern-gelenkte Raketen, Länge: 12,19 Meter, Durchmesser: 76 Zentimeter, Reichweite: 241 Kilometer);
- ▷ „Matadore“ (zwei Staffeln mit je 75 unbemannten ferngelenkten Bombern in Bitburg und Hahn [Rheinland-Pfalz], Länge: 12 Meter, Spannweite: 8,7 Meter, Reichweite: 800 Kilometer).

Außerdem verfügt Shape noch über Schlachtfliederverbände mit 600 Jabos, die

weapon-defence-plan to the generals“ (den atomaren Verteidigungsplan bei den Generalen an den Mann zu bringen). Aber viel eingebracht hat dies Geschäft bislang noch nicht — weder in der Bundesrepublik noch anderswo.

Im Gegenteil, nichtamerikanische Shape-Generale, vornehmlich Franzosen, Engländer, Italiener und Skandinavier, lehnen das Atom-Experiment in Grenznähe scharf ab. General Guillaume, Frankreichs Generalstabschef, hat sogar ein energisches Anti-Schuyler-Memorandum an Shape geschickt. Die „Mord“-Idee, schrieb Guillaume, könne sehr leicht zum Bumerang werden.

Schuylers Gegner im Shape argumentieren so: Der Abwehrplan wäre durchaus brauchbar, wenn die Sowjets vergessen hätten, Atomwaffen zu produzieren. Tatsächlich sei der Osten dem

ner in den feindlichen Luftraum einzudringen.

Angreifen werden die Sowjets, so urteilen Schuylers Gegenspieler im Shape, bei Ostwind ohne unmittelbare Atom-Feuerunterstützung. Ihre Atom-Bomben und -Geschosse werden sie auf Ziele westlich der Linie Emden—Bielefeld—Frankfurt—Kufstein richten, so daß der Angriffstreifen ihrer Infanterie- und Panzerverbände nicht verseucht wird.

Dieser sowjetische Atom-Sperrgürtel in Westdeutschland hat eine vierfache Bedeutung: Er zerstört Nato-Verbindungs-linien, zerschlägt operative Nato-Reserven, verhindert den Ausbruch der vorderen Nato-Verbände nach Westen und die Zufuhr von Nato-Reserven nach Osten.

Die amerikanischen Atom-Basen westlich des Rheins außer Betrieb zu setzen, wird Aufgabe starker sowjetischer Fallschirm- und Luftlandeverbände sein.

Kurzum: Der Schuyler-Plan taue nur — sagen seine Kritiker —, wenn der Begriff „forward strategy“ mit der Parole „We strike first (Wir schlagen zuerst los)“ identisch wäre. Andernfalls werde aus dem „Mord“-Projekt unversehens eine „Selbstmord“-Falle. Es sei ohnehin sehr fraglich, ob die Sowjets den Aufmarsch der Atom-Waffen ungestört vor sich gehen lassen würden.

Die Wacht am Rhein

Schuylers Gegner haben es indes nicht bei der Kritik bewenden lassen. Sie haben inzwischen einen perfekten „Anti-Schuyler“-Plan ausgeheckt — das vermeintlich sichere Rezept, jede sowjetische Offensive in eine sowjetische Niederlage zu verwandeln. Die Hauptthesen dieses Plans:

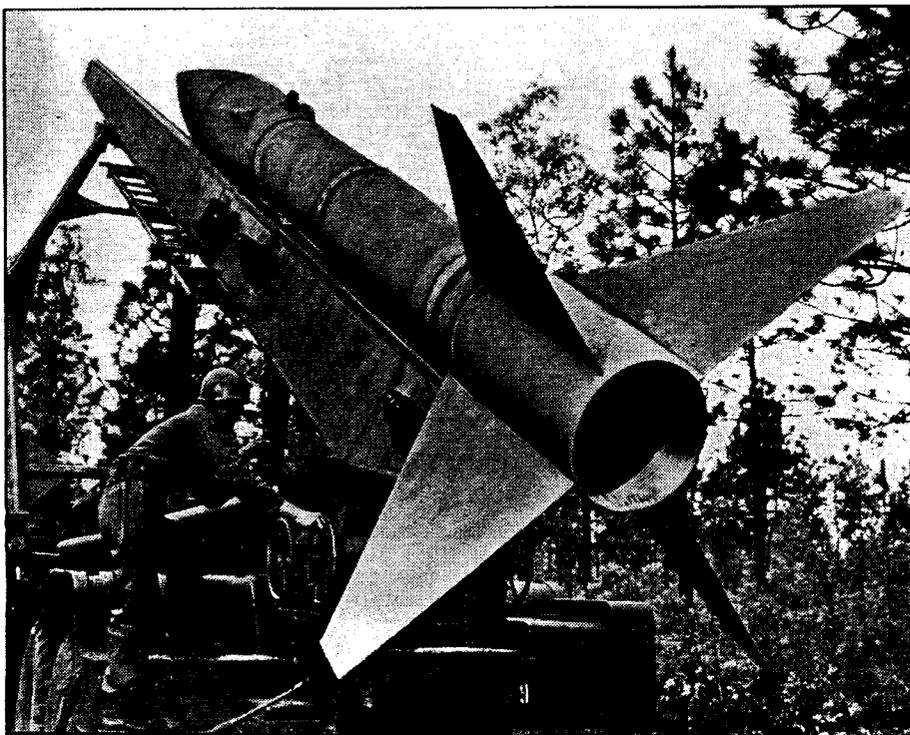
▷ Atom-Artillerie, Atom-Raketen und taktische Luftwaffe bleiben westlich des Rheins — atomsicher in den Vogesen und Ardennen —, so daß ein überraschender Vorstoß der Sowjets sie nicht gefährden kann.

▷ Greifen die Sowjets an, so läßt man ihre Spitzen bis an den Rhein vordringen, um dann erst das Gros des Angreifers zwischen Weser und Rhein mit dem Feuer aller Atom-Kaliber zu fassen.

Für die Bundesrepublik und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik laufen Schuyler-Plan und Anti-Schuyler-Plan auf das gleiche hinaus: Eine Hälfte Deutschlands wird in jedem Falle verwüstet.

Zum Erstaunen aller erklärte der greise Kanzler Konrad Adenauer während der zweiten Lesung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag mit der ihm eigenen Logik: „Solange wir nicht zur Nato gehören, sind wir im Fall eines heißen Krieges zwischen Sowjet-Rußland und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld, und wenn wir in der Atlantikpakt-Organisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr.“

Da nun aber gerade die Nato die Bundesrepublik bis heute noch ausdrücklich zum Schlachtfeld auserwählt hat, ist niemand von den offiziellen Militärberatern Konrad Adenauers, einschließlich Theo Blanks, bereit, die Verantwortung für diese Kanzler-Behauptung zu übernehmen. Der Plan des weggeschickten Obersten von Bonin dagegen bietet, wenngleich keine sichere Garantie, so doch immerhin eine kleine Chance, den sowjetischen Angreifer nahe der Zonengrenze festzuhalten. Fragt Bogislav von Bonin: „Soll ich meinen Sohn auffordern, sein Vaterland am Rhein zu verteidigen?“



Amerikanische Rakete „Honest John“: Sperrfeuer an der Elbe

mit taktischen Atom-Bomben ausgerüstet werden können.

Sollten die Sowjets nun tatsächlich jemals angreifen, dann schwirren nach Schuylers Plan die Honest Johns, Corporals und Matadore ab, die Atom-Kanonen brüllen los, die Jabos werfen ihre Bomben — und Mitteldeutschland wird im Feuerwirbel der Atomgeschosse mit einer Sprengwirkung von je 10 000 bis 15 000 TNT-Tonnen* zur grauisen Ödnis. Zwischen Lübeck und Rostock, zwischen Fulda und Leipzig, zwischen Passau und Brunn würde die Hölle sein.

Aber, glaubt General Schuyler, dafür ist der Krieg aus, ehe er recht begonnen hat, und Westdeutschland bleibt dabei immerhin heil.

Nato-Oberbefehlshaber General Gruenther hat den Plan seines Stabschefs „forward strategy“** getauft, und Shape sucht seither in den Nato-Mitgliedsländern nach Propagandisten, „to sell the tactical atomic-

* Trinitrotoluol = gewöhnlicher Sprengstoff in Granaten und Fliegerbomben. Nach amerikanischen Angaben entspricht eine Nagasaki-Hiroshima-Atom Bombe einer Sprengbombe, die 20 000 Tonnen TNT enthält.

** Wörtlich: „Vorwärts-Strategie“, gemeint ist die Vorverlegung der Hauptkampflinie vom Rhein an die Zonengrenze.

Westen aber nicht nur mit konventioneller Artillerie weit überlegen, er besitze auch mehr, beweglichere und schnellere Atom-Kanonen. Die sowjetische Raketenwaffe sei moderner und stärker als die der Nato, und die Sowjet-Luftwaffe verfüge über vier- bis fünfmal soviel taktische Flugzeuge wie der Westen.

Außerdem — führen die Kritiker des Generals Schuyler an — werden die Sowjets dem Westen nicht den Gefallen tun, ihren Aufmarsch so zu gruppieren, daß Shape den Schuyler-Plan an ihm ausprobieren könnte. Ihre Angriffsverbände werden sie so nah wie möglich an die Grenzen heranschieben. Die Atom-Raketen könnten diese frontnahe Bereitstellung nicht bekämpfen, ohne die eigene Truppe zu gefährden. Die schwerfällige Atom-Artillerie dagegen, deren Kanonen mindestens auf 25 Kilometer an die Front heran müssen, wenn sie mit ihrem Feuer den Gegner erreichen sollen, läuft angesichts dieser kurzen Entfernung Gefahr, bei Feindeinbruch nicht mehr rechtzeitig wegzukommen.

Der taktischen Nato-Luftwaffe schließlich wird es nur schwer gelingen, gegen den zahlenmäßig weit überlegenen Geg-